

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Tabellenverzeichnis</i>	XXI
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	XXII

Teil 1 **Einführung**

A. Untersuchungsgegenstand	1
B. Der Verbraucher als tauglicher Täter des § 283 StGB	4
I. Beschränkung auf den Schuldner als tauglichen Täter des § 283 StGB	4
1. Begründung der Sonderdeliktsnatur	5
2. Reichweite des Schuldnerbegriffs – Maßgeblichkeit der zivilrecht- lichen Verpflichtung	6
II. Die Einbeziehung von Verbrauchern in den Täterkreis des § 283 StGB	7
1. Auffassungen, die die täterschaftliche Erfassung von Verbrauchern ablehnen	8
a) Divergenz hinsichtlich der Intentionen von Insolvenzordnung und Strafgesetzbuch	8
b) Unvereinbarkeit eines überindividuellen Rechtsguts der Insol- venzdelikte mit der Verbraucherinsolvenz	9
c) Fehlende Übertragbarkeit der Krisenmerkmale auf den Verbrau- cher	10
aa) Bedenkenlose Übertragbarkeit des Krisenmerkmals der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit	10
bb) Mangelnde Übertragbarkeit des Krisenmerkmals der Über- schuldung	10
(1) Divergierender persönlicher Anwendungsbereich der Überschuldung in Insolvenzrecht und Insolvenzstraf- recht	11
(2) Mangelnde Bestimmtheit	11
(3) Praktische Undurchführbarkeit der Überschuldungsprü- fung	11
(4) Divergierende Funktion der Überschuldung in Insol- venzordnung und Strafgesetzbuch	13

d) Neuformulierung oder Aufgabe der objektiven Bedingung der Strafbarkeit in der Verbraucherinsolvenz	14
e) Weitere Kritikpunkte	14
2. Auffassungen, die eine Einbeziehung von Verbrauchern in den Täterkreis befürworten	15
a) Adversative Auseinandersetzung mit den Argumenten gegen die Einbeziehung	15
aa) Generelle Eignung der Verbraucherinsolvenz zur Gefährdung des überindividuellen Rechtsguts der Kreditwirtschaft	15
bb) Anwendungsmöglichkeiten des Überschuldungstatbestands in der Verbraucherinsolvenz	16
(1) Wortlaut und Wille des Gesetzgebers	16
(2) Alternative Bewertungsprämissen nach § 19 InsO a.F. und Fortführungsprognose	16
(3) Konkrete Gläubigergefährdung auch in der Verbraucherinsolvenz	17
cc) Personale Trennlinie im Tathandlungskatalog entlang der Kaufmannseigenschaft	18
dd) Konzentration auf die Gemeinsamkeiten zwischen Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren	18
ee) Vorteile der objektiven Bedingung der Strafbarkeit i.S.d. § 283 Abs. 6 StGB in der Verbraucherinsolvenz	19
b) Positive Argumente für die Einbeziehung von Verbraucherschuldnern in § 283 StGB	19
aa) Weit gefasster Wortlaut, historische Entwicklung und gesetzgeberischer Wille	19
bb) Beeinträchtigung des individuellen Rechtsguts	20
3. Stellungnahme	21
a) Aktualisierter gesetzgeberischer Wille mit Einführung der Insolvenzordnung	21
b) Auflösung des (vermeintlichen) Wertungswiderspruchs zwischen Insolvenzrecht und Insolvenzstrafrecht	22
c) Beeinträchtigung des überindividuellen Rechtsguts der Kreditwirtschaft in der Verbraucherinsolvenz	23
d) Anwendbarkeit des Überschuldungstatbestands und praktische Durchführbarkeit der Überschuldungsprüfung in der Verbraucherinsolvenz	23
aa) Wortlaut des Gesetzes und Wille des Gesetzgebers	23
bb) Praktische Durchführbarkeit der Überschuldungsprüfung bei Verbraucherschuldnern	24
cc) Aspekt der Gläubigergefährdung	24

e) Notwendigkeit einer objektiven Bedingung der Strafbarkeit i.S.d. § 283 Abs. 6 StGB, Alternativitätsverhältnis der Tatbestandsvarianten und ambivalente historische Entwicklung	25
4. Fazit	26
III. Begriff des Verbrauchers in § 283 StGB	27
1. Insolvenzrechtsakzessorisches Verständnis insolvenzstrafrechtlicher Begriffe	27
a) Insolvenzrechtsakzessorische Auslegung der bankrottstrafrechtlichen Krise	27
aa) Funktionale Insolvenzrechtsakzessorietät	28
(1) Zahlungsunfähigkeit	29
(2) Drohende Zahlungsunfähigkeit	29
(3) Überschuldung	29
bb) Eigenständige strafrechtliche Auslegung	30
cc) Rechtsprechung	32
dd) Strikte Insolvenzrechtsakzessorietät	33
(1) Zahlungsunfähigkeit	34
(2) Drohende Zahlungsunfähigkeit	34
(3) Überschuldung	34
ee) Zwischenergebnis	35
b) Insolvenzrechtsakzessorische Auslegung der objektiven Bedingung der Strafbarkeit	35
c) Insolvenzrechtsakzessorische Auslegung der Vermögensbestandteile	36
d) Zwischenergebnis zur insolvenzrechtsakzessorischen Auslegung	36
e) Schlussfolgerung für eine insolvenzrechtsakzessorische Auslegung des Verbraucherbegriffs in § 283 StGB	37
2. Der insolvenzrechtliche Verbraucherbegriff in § 304 InsO	38
a) Entwicklung der heutigen Tatbestandsfassung	38
b) Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes	39
c) Definition des Verbrauchers in § 304 Abs. 1 S. 1 InsO und Einzelfälle	39
3. Ergebnis	40

Teil 2

Das Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft

A. Grundsätze	41
I. Einführung: Das kontroverseste Merkmal des Bankrottatbestands? . .	41
II. Historische Entwicklung des Insolvenzstrafrechts	41
1. Das römische Recht	42
2. Das Recht der oberitalienischen Städte	43

3. Das deutsche Recht	44
a) Das germanische Recht	44
b) Die Entwicklung im 11. und 12. Jahrhundert	44
c) Das Stadtrecht im 12. bis 15. Jahrhundert	44
d) Die Rezeption des römischen Rechts und des Rechts der ober-italienischen Städte um 1500	45
e) Die Constitutio criminalis Carolina 1532 und die Reichspolizeiordnung 1548	45
f) Das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794	46
g) Der Code de commerce von 1804	47
h) Die deutschen Gesetzbücher des 19. Jahrhunderts	48
i) Das Preußische Strafgesetzbuch von 1851	48
j) Das Reichsstrafgesetzbuch von 1871	48
k) Die Konkursordnung von 1877	49
l) Übernahme in das Strafgesetzbuch 1976	50
m) Notwendige Anpassungen im Zuge der Insolvenzrechtsreform	51
4. Ergebnis: Unklare inhaltliche Ausgestaltung trotz weit zurückreichender Tradition	52
III. Rechtsnatur des Merkmals	52
1. Das Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft als Tatbestandsmerkmal des Unrechtstatbestands	52
a) Negativ gefasstes Tatbestandsmerkmal	55
b) Normatives Tatbestandsmerkmal	56
2. Unbestimmter Rechtsbegriff	59
3. Fazit	60
IV. Systematische Einordnung des Merkmals	60
1. § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	61
2. § 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	62
3. § 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	63
4. Stellungnahme	64
V. Funktion des Merkmals im tatbestandlichen Zusammenhang	65
1. Tatbestandsübergreifende Aussagen zur Funktion des Merkmals ..	65
2. Spezifische Aussagen zur Funktion innerhalb der einzelnen Tatbestandsvarianten	66
a) § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	66
b) § 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	66
c) § 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB	67
d) § 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	67
3. Stellungnahme	67
VI. Zusammenfassung	68

B. Das Merkmal im Rahmen der Verbraucherinsolvenz in Gesetzgebung und Literatur	68
I. Terminologische Vorbemerkung zum Verbraucherbegriff	68
II. Schwächen einer eigenständigen tatbestandlichen Erfassung von Verbrauchern	69
1. Erfordernis eines eigenständigen Tatbestands für Verbraucherschuldner	69
a) Erfahrungen aus der Praxis	70
b) Tatbestandsmerkmal der ordnungsgemäßen Wirtschaft überflüssig und ungeeignet	70
c) Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit	71
aa) Strafwürdigkeit	71
bb) Strafbedürftigkeit	72
2. Verschiedene Vorschläge für einen Tatbestand des Verbraucherbankrotts de lege ferenda	72
a) Vorschlag von Richter	73
b) Vorschlag von Moosmayer	73
c) Vorschlag von Penzlin	74
d) Vorschlag von Röhm	74
e) Vorschlag von Dohmen	76
3. Kritik an den Vorschlägen de lege ferenda	77
a) Kritik an der Regelung im Zusammenhang mit § 288 StGB	77
aa) Unterschiedliche Schutzrichtungen	77
bb) Systematisches Argument	77
cc) Historisches Argument	78
dd) Verzicht auf das Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft	78
ee) Zusätzliches subjektives Erfordernis der Vereitelungsabsicht	78
b) Kritische Auseinandersetzung mit der Einführung eines § 283e StGB de lege ferenda	79
aa) Maßgeblicher Zeitpunkt zur Bestimmung der Täterqualität	79
bb) Beschränkung des Tathandlungskatalogs	79
cc) Neue objektive Bedingung der Strafbarkeit	79
dd) Keine Absenkung des Strafrahmens	80
ee) Unterschiedliche Begründungsansätze für das Strafantrags-erfordernis	81
c) Stellungnahme	81
aa) Grundsätzliche Kritik an der Einführung eines eigenständigen Tatbestands	81
(1) Praktische Neubewertung	81

(2) Anwendbarkeit des Merkmals der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft in der Verbraucherinsolvenz	82
bb) Kritik an den Vorschlägen zur Einführung eines § 283e StGB	83
4. Fazit	90
III. Nachteilige Konsequenzen und Strafbarkeitslücken durch die restriktive Auffassung	91
1. Begründung der Unanwendbarkeit auf Verbraucherschuldner	91
2. Konsequenzen der Unanwendbarkeit des Merkmals und alternative Beschränkungsmöglichkeiten	92
a) §§ 35 ff. InsO und die besondere Gläubigerschädigungs- bzw. Gläubigergefährdungsabsicht	92
b) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal in der Verbraucherinsolvenz	93
c) Divergierende Auslegung	94
d) Nur eingeschränkte Anwendung der § 283 Abs. 1 Nr. 1 und 4 StGB	94
3. Fazit	95
IV. Kritik an der Lehre vom erlaubten Risiko und dogmatische Unvereinbarkeit	95
1. Inhaltliche Bestimmung des Merkmals	96
a) Ansatz von Kindhäuser und Krause	96
b) Ergänzende Überlegungen von Bittmann	97
2. Begründung des universellen Geltungsanspruchs	98
3. Inhaltliche Kritik am erlaubten Risiko zur Bestimmung des ordnungsgemäßen Wirtschaftens bei Verbrauchern	98
a) Zuschnitt auf unternehmerische Risiken	98
b) Keine vergleichbare Risikoimmanenz	99
c) Kein allgemeiner Maßstab	99
d) Kein sozialer Nutzen	100
e) Keine Übertragbarkeit von Risikoabwägung und Informationspflichten auf Verbraucher	101
f) Fazit und Stellungnahme	101
4. Zweifel an der grundsätzlichen Vereinbarkeit des erlaubten Risikos mit der Deliktswelt des § 283 Abs. 1 StGB	102
a) Begriff des erlaubten Risikos und Zusammenhang mit der sozialen Adäquanz	102
b) Systematische Einordnung der Lehre vom erlaubten Risiko ...	105
aa) Grundsätzliche Ablehnung der Lehre vom erlaubten Risiko	105
bb) Früher im Wesentlichen vertretene Ansätze	106

(1) Schuldebene	107
(2) Rechtfertigungsgrund	107
(3) Gemeinsames Strukturprinzip für Rechtfertigungs- gründe	108
cc) Aktuell vertretene Ansätze: Tatbestandsebene	109
(1) Verneinung des Handlungsunwerts und kein tatbe- standsmäßiges Verhalten	109
(2) Tatbestandskorrektur	110
(3) Auslegungsleitlinie bei der Tatbestandsprüfung	110
(4) Objektive Zurechnung	111
dd) Fazit	112
c) Konsequenzen der systematischen Einordnung des erlaubten Risikos für § 283 Abs. 1 StGB	113
aa) Inhalt und Anwendungsbereich der Lehre von der objek- tiven Zurechnung	113
bb) Der tatbestandliche Erfolg	114
cc) Rechtsnatur des § 283 Abs. 1 StGB	117
(1) § 283 Abs. 1 StGB als abstraktes Gefährdungsdelikt ..	117
(2) § 283 Abs. 1 StGB als konkretes Gefährdungsdelikt ..	118
(3) § 283 Abs. 1 StGB als Erfolgs- und Gefährdungs- delikt	119
(4) § 283 Abs. 1 StGB als bedingtes Gefährdungsdelikt ..	120
(5) § 283 Abs. 1 StGB als abstrakt-konkretes Gefährdungs- delikt	120
(6) Zusammenfassung und Stellungnahme	122
dd) Zwischenfazit	124
ee) (Vermeintlicher) Widerspruch zum Auslegungsverständnis von Kindhäuser und Krause	124
5. Zusammenfassung und Fazit	128
V. Vertretbarkeitsmaßstab und Sachgrunderfordernis als eigenständige Kriterien	129
1. Formale Kriterien: Zeitliche Grenzen der ordnungsgemäßen Wirt- schaftsführung	129
2. Materielle Kriterien	130
a) (Originär) strafrechtliche Kriterien	130
aa) Ungeeignetheit eines parallelen Auslegungsverständnisses von Untreue und Bankrott	130
bb) Merkmal der „rationalen Haushaltsführung“ zu ungenau und schwer bestimmbar	131
cc) Anwendung der dreistufigen Prüfungsreihenfolge auf Ver- braucher	131

dd) Abstellen auf die Gläubigerschädigungs- bzw. Gläubigergefährdungsabsicht	131
ee) Subjektiv orientierte Eingrenzung der Strafbarkeit anhand von Vertretbarkeitsmaßstab und insbesondere Sachgrunderfordernis	131
b) Außerstrafrechtliche (insbesondere) zivilrechtliche Kriterien ..	132
aa) Mangelnde Übertragbarkeit der Regelungen zur Pacht, zum Nießbrauch und zum Grundpfandrecht	132
bb) Kein allgemeiner Maßstab durch den (Kredit)vertrag	132
cc) Anhaltspunkte aus § 290 Abs. 1 Nr. 4 InsO (Versagungsgründe für die Restschuldbefreiung)	133
3. Zusammenfassung und Stellungnahme	133
a) Formale Kriterien: Zustand der Krise als zeitliche Grenzlinie ..	133
b) Materielle Kriterien: Vertretbarkeitsmaßstab, insbesondere Sachgrund und Ausgestaltung durch Fallgruppen	134
VI. Zusammenfassung	136

Teil 3

Der praktische Umgang mit der Verbraucherinsolvenz in § 283 StGB

A. Erkenntnisinteresse der Analyse von Entscheidungen und Ermittlungsakten	138
B. Analyse von Entscheidungen betreffend Verbraucherinsolvenzverfahren	139
I. Vorgehen und angewendete Methode	139
II. Allgemeine Angaben zu den untersuchten Entscheidungen	140
III. Spezifische Analyse zu § 283 StGB in der Verbraucherinsolvenz	141
1. Anwendbarkeit des § 283 StGB im Verbraucherinsolvenzverfahren	142
a) Rezeption der Entscheidungen	143
b) Stellungnahme und Auswirkungen auf die verschiedenen Auffassungen zum Umgang mit dem Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft	143
2. Begründung der wirtschaftlichen Krisensituation im Verbraucherinsolvenzverfahren	144
a) Konzentration auf die Krisenmerkmale der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit	144
b) Weitere Einblicke in die gerichtliche Auslegung der strafrechtlichen Krisenmerkmale und Stellungnahme	144
aa) Insolvenzsakzessorisches Verständnis der Krisenmerkmale	145

bb) Anwendbarkeit des Überschuldungstatbestands in der Verbraucherinsolvenz	145
3. Analyse der typischen Tathandlungen und Verhaltensweisen von Verbraucherschuldnern sowie Fallgruppenbildung	146
a) Tathandlungsgruppe 1: Beiseiteschaffen	146
aa) Schenkung	146
bb) Vermögenstransfer auf Auslandskonten	146
b) Tathandlungsgruppe 2: Verheimlichen	148
aa) Verheimlichen von Erbfall und Miterbenstellung	148
bb) Verheimlichen eines Depots bei einer Schweizer Bank ...	149
c) Tathandlungsgruppe 3: Beiseiteschaffen und bzw. oder Verheimlichen	149
aa) Überweisung von Provisionen auf Konten einer weiteren Person	149
bb) Zufluss verdeckter Honorarzahlungen	150
d) Nicht strafbare Handlungsweisen	151
e) Zusammenfassung und Stellungnahme	152
4. Erfordernis einer Gläubigerbenachteiligungsabsicht in der Verbraucherinsolvenz	153
a) Historische Hintergründe dieses Auslegungsergebnisses	153
b) Stellungnahme	155
5. Anwendbarkeit der objektiven Bedingung der Strafbarkeit in der Verbraucherinsolvenz	156
a) Problemlose Anwendbarkeit der Var. 1: Zahlungseinstellung ..	156
b) Relevanz der weiteren Varianten in der Verbraucherinsolvenz	h56
c) Fazit	157
6. Erfordernis und Beschaffenheit des Zusammenhangs zwischen Tathandlung und objektiver Bedingung der Strafbarkeit in der Verbraucherinsolvenz	157
a) Erfordernis eines äußeren Zusammenhangs	157
b) Stellungnahme	157
7. Gerichtliche Bestimmung des Verjährungsbeginns	158
a) Eintritt der objektiven Bedingung der Strafbarkeit als maßgeblicher Zeitpunkt	158
b) Entscheidung über die Restschuldbefreiung als maßgeblicher Zeitpunkt	158
c) Rezeption der Entscheidung in der Literatur	159
d) Stellungnahme	160
8. Bestimmung der Rechtsnatur des § 283 StGB in der Verbraucherinsolvenz	161
IV. Fazit	161

C. Analyse von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten betreffend Verbraucher	163
I. Faktische Beschränkung auf gewerblich tätige Schuldner	164
II. Mögliche Gründe für die faktische Beschränkung des Anwendungsbereichs	165
D. Bewertung der Sachlage und Überprüfung der Befunde anhand statistischer Werte	166
I. Terminologische Vorbemerkung zu den statistischen Berichten	166
II. Statistischer Vergleich der gewerblichen Insolvenzen und nicht gewerblichen Insolvenzen	167
III. Schlussfolgerungen für die Strafbewehrung	170
IV. Statistische Besonderheiten infolge der COVID-19-Pandemie	171
E. Fazit	172

Teil 4

Kriminologisch orientierte Ursachenforschung

A. Gegenstand und Erkenntnisinteresse der Kriminologie	173
I. Begriffsverständnis, Verortung und Klassifizierung im anglo-amerikanischen Raum	173
II. Begriffsverständnis, Verortung und Klassifizierung in Deutschland ..	174
1. Ansatz von Bock	174
2. Ansatz von Neubacher et al.	174
3. Ansatz von v. Danwitz	175
III. Ermittlung eines Minimalkonsenses	175
B. Kriminologische Einordnung der Insolvenzdelikte	176
I. Erkenntnisinteresse von Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftskriminologie	176
1. Täterbezogene Klassifizierung	177
2. Tatbezogene Klassifizierung	178
3. Schadens- bzw. opferbezogene Klassifizierung	178
4. Begriffsverständnis der Bundesbehörden	179
5. Kriminalität bei sonstiger sozialer Unauffälligkeit, Kriminalität in Ausübung des Berufs	180
6. Kritische Würdigung und Stellungnahme	180
II. Wirtschaftskriminologische Einordnung der Insolvenzdelikte	182
C. Ausführliche Darstellung der kriminologisch orientierten Untersuchung	184
I. Forschungsbericht	185

1. Schritt 1: Ermittlung und Festlegung des Forschungsziels: Nachweis von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Verbraucherschuldnern und gewerblich tätigen Schuldnern bei der Begehung von Insolvenzstraftaten	185
a) Theoretische Einkleidung des Forschungsziels	185
aa) General Theories of Crime	186
bb) Spezifische Erklärungsansätze für wirtschaftskriminelles Verhalten	187
cc) Einigkeit in Bezug auf den Idealtypus eines Wirtschaftsstraftäters	189
b) Fortentwicklung des Forschungsgegenstands	190
2. Schritt 2: Hypothesenbildung zum Nachweis von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den beiden Schuldnergruppen	190
3. Schritt 3: Operationalisierung von Idealtypus und Verbraucherbegriff	191
4. Schritt 4: Auswahl einer geeigneten Forschungsmethode zur Ermittlung der Vergleichsgruppen und Umfang der erforderlichen Erhebung	192
a) Auswahl der geeigneten Forschungsmethode	192
aa) Ermittlung des Idealtypus	192
bb) Ermittlung der Vergleichsgruppe	193
b) Umfang der erforderlichen Datenerhebung	193
aa) Untersuchungsumfang zur Ermittlung des Idealtypus	194
bb) Untersuchungsumfang zur Ermittlung der Vergleichsgruppe	194
5. Schritt 5: Bildung des Idealtypus und Vergleich mit Verbraucherschuldnern in Anwendung der Forschungsmethode	197
a) Männer mittleren Alters	198
b) Soziale Unauffälligkeit, gesellschaftlicher Rang, Erfolg im Leistungsbereich und geringe Vorstrafenbelastung	200
c) Werteeinstellung und Charakter	200
d) Ergänzung und Bestätigung des Typus anhand eigener statistischer Befunde	201
aa) Statistiken mit Bezug zum Ermittlungsverfahren: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Staatsanwaltschaftsstatistik, Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität und Periodischer Sicherheitsbericht (PSB)	201
bb) Statistik im Hauptverfahren: Strafverfolgungsstatistik	204
cc) Fazit	205
e) Vergleich der Verbraucherschuldner mit dem Idealtypus	205

aa) Auswertung der Entscheidungen im Wege der Dokumentenanalyse	205
bb) Sicherstellung der Repräsentativität der eigenen Stichprobe	210
6. Schritt 6: Überprüfung der auf Grundlage des Forschungsziels entwickelten Forschungshypothesen mit Hilfe der gefundenen Ergebnisse	211
a) Alter, Wendepunkte und Geschlecht	211
b) Soziale Unauffälligkeit	212
c) Erfolg im Leistungsbereich und Bezug zur beruflichen Tätigkeit	213
d) Gesellschaftlicher Rang und Vorstrafen	213
e) Charakter und Wertorientierung	214
f) Zusammenfassung und Fazit zu Hypothese 1	214
g) Ergänzende Überlegungen zu Hypothese 2	216
II. Schlussfolgerung	218

Teil 5

Schlussfolgerungen für den Umgang mit Verbraucherschuldnern

A. Zeitpunkt 1: Keine wirtschaftliche Notlage	220
B. Zeitpunkt 2: Eintritt der wirtschaftlichen Krise	221
I. Erstreckung des persönlichen Anwendungsbereichs auf Verbraucher ..	221
II. Notwendige Modifikationen im Hinblick auf Verbraucherschuldner ..	223
1. Feststellung der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit bei Verbrauchern	223
2. Überschuldungsprüfung bei Verbrauchern	225
a) Fortführungsprognose	225
b) Bilanzielle Überschuldung	226
3. Exemplifizierung des Sachgrunderfordernisses durch typische Verhaltensweisen	227
4. Keine zusätzliche Gläubigergefährdungs- oder Gläubigerschädigungsabsicht	228
5. (Keine) Besonderheiten im Hinblick auf die objektive Bedingung der Strafbarkeit	229
a) Zahlungseinstellung	230
b) Eröffnung bzw. Abweisung des Insolvenzverfahrens	231
c) Zusammenhang zwischen Bankrotthandlungen in der Krise und objektiver Bedingung der Strafbarkeit	232
6. Strafzumessung und Strafverfolgung	233
C. Zeitpunkt 3: Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiungsverfahren	234

I. Alte Rechtslage	235
1. Wirtschaftliche Krise	236
2. Taugliches Tatobjekt	236
3. Beiseiteschaffen und Verheimlichen als Tathandlungen	236
4. Objektive Bedingung der Strafbarkeit	237
II. Aktuelle Rechtslage	237
1. Zeitpunkt 1: Insolvenzverfahren und andauerndes Restschuldbefreiungsverfahren	238
a) Wirtschaftliche Krise	238
b) Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Vermögensbestandteilen	239
2. Zeitpunkt 2: Insolvenzverfahren beendet und andauernde Wohlverhaltensphase	240
a) Wirtschaftliche Krise	240
b) Taugliches Tatobjekt und Tathandlungen	241
3. Zeitpunkt 3: Restschuldbefreiung erteilt und andauerndes Insolvenzverfahren	242
a) Wirtschaftliche Krise	242
b) Taugliches Tatobjekt	243
4. Alternative: Insolvenzplanverfahren	244
5. Objektive Bedingung der Strafbarkeit	245
III. Fazit	246
D. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	246
<i>Literaturverzeichnis</i>	251
<i>Stichwortverzeichnis</i>	271